

Jugendpolitik heißt Zukunftspolitik

Jugendpolitische Leitsätze

Erarbeitet von den Mitgliedern des
Bundesfachausschusses „Familien- und
Jugendpolitik“

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort

- 1. Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe**
- 2. Jugend und Werte**
- 3. Jugend und Medien**
- 4. Bildungschancen schaffen, Zukunft sichern**
- 5. Jugend und Arbeitswelt**
- 6. Jugend und demokratische Mitwirkung**
- 7. Jugend und ehrenamtliches Engagement**
- 8. Jugend in Vereinen und Verbänden**
- 9. Angebote der Jugendhilfe**
- 10. Integration von Kindern und Jugendlichen
nicht- deutscher Herkunftssprache**
- 11. Jugendgewalt und Jugendkriminalität**
- 12. Leben ohne Sucht**
- 13. Sekten und Psychokulte**

Vorwort

Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen haben sich mit denen der Familien in den vergangenen Jahrzehnten maßgeblich verändert.

Im 20. Jahrhundert setzte durch die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche und die Informationsrevolution auch im Hinblick auf die Kindheit und Jugend ein neues Zeitalter ein: Der Schon- und Schutzraum Kindheit und Jugend löst sich mit der Entgrenzung von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenwelt auf, die schrittweise Einführung in die Welt der Erwachsenen entfällt. Die Idee der Reifung und Entwicklung zu einer humanen Persönlichkeit durch die Gewährleistung kinder- und jugendspezifischer Bedingungen wird damit preisgegeben. Statt dessen avancieren Kinder und Jugendliche zu einer ökonomischen Kategorie, spezifischen Konsumentengruppe. Eltern sehen sich der Konkurrenz mehr oder weniger heimlicher Miterzieher – insbesondere der Medien – ausgesetzt, die Autorität der Schule ist relativiert. Eine Reihe von kinder- und jugendspezifischen Problemlagen lässt sich auf diese Entwicklungen zurückführen, bzw. sind in mangelnder Bewältigungskompetenz auch der Erziehenden und Institutionen gegenüber den veränderten Bedingungen begründet.

Der ökonomische Strukturwandel erzeugt enormen Anpassungsdruck, der auch in unserer Gesellschaft ohne die ausgleichende Wirkung verantwortungsvoller Politik zu einer stetigen Polarisierung zwischen Armut und Reichtum führt – wer den Anforderungen an Mobilität und Flexibilität nicht entspricht oder entsprechen kann, ist von Benachteiligung und sozialer Ausgrenzung bedroht. Vor diesem Hintergrund sind die Tendenzen zwischen Familiensektor und Nichtfamiliensektor im Auge zu behalten – Familie zu leben wird sonst zum Wettbewerbsnachteil. Bereits seit Jahren wirkt sich der Druck auf Familien in Form von Veränderungen und Verschiebungen innerhalb der Familien und damit für Kinder und Jugendliche aus. So erzeugen irreversibel steigende Scheidungsraten mehr Alleinerziehende und Stieffamilien und erfordern entsprechende Bewältigungskompetenzen von den Betroffenen. Diese Erfahrungen können mit geeigneten Konzepten auch bei späteren Umbruchsituationen nutzbar gemacht werden.

Es gibt jedoch auch Bewältigungsbedarf aufgrund positiver Entwicklungen: Die zu begrüßende neue gesellschaftliche Rolle der Frau macht ein Umdenken der Männer insbesondere als Väter notwendig und muss sich mittelfristig in gewandelten Vorbildern in der Jungenerziehung niederschlagen. Die Mädchenarbeit kann hier als erfolgreiche Vorlage entsprechend zu entwickelnder Jungenprogramme dienen. Positiv ist auch die durch die erheblich

angestiegene Lebenserwartung gewachsene Bedeutung der Großelternschaft. Die so erweiterten Möglichkeiten des Austauschs zwischen den Generationen ist für Kinder und Jugendliche nutzbar zu machen.

Die kontinuierliche Förderung stabiler persönlicher Kompetenzen begleitend zu allen Lebensphasen, also eine moderne Fortschreibung der Kinder- und Jugendpolitik, ist vor dem Hintergrund der beschriebenen gesellschaftlichen Umbrüche eine der wesentlichsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben. Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Unser vorrangiges Ziel ist es, geeignete Rahmenbedingungen zu entwickeln und zu pflegen, positive Leitbilder und Orientierung zu geben, die Partizipation junger Menschen zu fordern und zu fördern. Die enge Verzahnung insbesondere familien-, jugend- und bildungspolitischer Programme und Initiativen ist dazu eine notwendige Bedingung.

- ✍ Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zu leben.

- ✍ Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, diese Gesellschaft als auch die ihrige zu begreifen.

✍ Wir wollen jungen Menschen die Chance geben, aktiv für die gesellschaftlichen (oder gemeinschaftlichen) Werte einzutreten.

1. Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe

Wenn sich alle darüber einig sind, dass Investitionen in die junge Generation die erfolgreichsten und wirksamsten Zukunftsinvestitionen unserer Gesellschaft sind, darf dieses keine Leerformel bleiben. Wenn wir Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder, der Sozial- wie der Bildungspolitik, der Wirtschafts- wie der Familien- und Wohnungsbaupolitik verstehen, muss dieses mit konkreten Inhalten und praktischem Handeln einhergehen.

Ziel unserer Jugendpolitik muss es sein, die junge Generation zu befähigen, selbstständig und eigenverantwortlich zu handeln, Pflichten zu übernehmen und Rechte wahrzunehmen, das Leben als Chance zu begreifen und einen Platz in Gesellschaft und Beruf zu finden.

Die besonderen Belange von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen sind dabei in den Blick zu nehmen, um auch ihre gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Für uns gestaltet sich Jugendpolitik dabei nicht nur als Jugendhilfepolitik, die sich in der Umsetzung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erschöpft.

Das Gros der jungen Generation ist engagiert, leistungsfähig und –bereit. Sie wollen Verantwortung für die Zukunft übernehmen und sich aktiv für ihre Zukunftschancen einsetzen. Insofern darf Jugendpolitik nicht allein auf „Problemjugendliche“ zugeschnitten werden.

Dementsprechend wollen wir die junge Generation durch unsere Jugendpolitik unterstützen.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Auf kommunaler Ebene muss eine Vernetzung und Kooperation aller Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, die Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen für junge Menschen betreiben bzw. anbieten, untereinander und mit allen kommunalpolitischen Bereichen stattfinden.

- ✍ Seitens der Länder sowie des Bundes müssen Modellprojekte für aktuelle kinder- und jugendrelevante Themen in Zusammenarbeit mit den freien und kommunalen Trägern initiiert und gefördert werden.

2. Jugend und Werte

Für uns steht fest, dass Politik für die Jugend und mit der Jugend auf einem Wertefundament basieren muss.

Die CDU lässt sich vor dem Hintergrund der christlichen Soziallehre von der Einzigartigkeit des Einzelnen, der Subsidiarität und der Solidarität leiten. Wir treten für eine konsequente Umsetzung dieser Werteerziehung und Wertevermittlung ein.

Der ethische Grundkonsens des Grundgesetzes und der Grund- und Menschenrechte darf nicht nur abstrakt vermittelt, sondern er muss vor allem auch gelebt werden.

Unabhängig von der Tatsache, dass der elterlichen Verantwortung und auch Aufsichtspflicht der Eltern eine vorrangige Bedeutung zukommt, müssen die Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe durch eine aktive Familienpolitik unterstützt werden.

Ziel ist die Erziehungspartnerschaft von Eltern, Angeboten der Tagesbetreuung für Kinder, Schule und Einrichtungen der Jugendhilfe im Bewusstsein der Verantwortung für die junge Generation.

Unsere Gesellschaft steht vor der Herausforderung gelebter Eigenverantwortlichkeit mit mehr Freiheit aber auch mehr Risiko im eigenen Leben. Somit hat Jugendpolitik ausdrücklich die Aufgabe, die Eigenverantwortung junger Menschen zu stärken und aus dem Leitbild der personellen Verantwortung des Einzelnen heraus Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern.

Für die Kommunikation über Werte ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte, wie z.

B. Familie, Kindertageseinrichtungen, Schule, Jugendarbeit, Betrieb, Medien von besonderer Bedeutung. Nur in der Kooperation und Vernetzung dieser Lernorte können unterschiedliche Wertkonzepte deutlich werden und wechselseitig voneinander profitieren.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Vor Ort sollen die kommunalen Jugendämter in Zusammenarbeit mit den Schulen Veranstaltungen durchführen, bei denen im Rahmen aktueller Themen die Grundwerte Einzigartigkeit, Subsidiarität und Solidarität im Mittelpunkt stehen.

- ✍ Wir fordern die Landesregierungen auf, besondere Leistungen der Wertevermittlung und Kommunikation, die in Projekten, Initiativen, Aktionen aufgegriffen worden sind, durch Preise jährlich anzuerkennen.

- ✍ Genauso fordern wir die Medien auf, Konzepte für Beiträge zu entwickeln, in denen ausdrücklich über Wertvorstellungen und deren praktische Konsequenzen informiert und diskutiert wird.

3. Jugend und Medien

Elektronische Medien, wie Internet, Computer, Videospiele, Handy u.ä. sind heute vertrauter Bestandteil des Alltags von Jugendlichen. Die

Mediennutzung nimmt viel Raum in ihrer Freizeit ein. Bereits Kinder verbringen viel Zeit mit dem Ansehen von Fernsehsendungen und Videofilmen. Fest steht, dass intensiver Medienkonsum und häufiges Ansehen von Gewaltdarstellungen die Entwicklung junger Menschen beeinträchtigen. Zugleich aber fördern Medien den kindlichen Verselbstständigungsprozess: Kinder und Jugendliche sind heute besser informiert, wissen mehr über Lebensgestaltung und Weltgeschehen als früher. Da Kinder und Jugendliche ihr Medienverhalten maßgeblich am Vorbild der Eltern orientieren, sind diese mehr denn je gefordert, ihren Kindern eine sinnvolle Mediennutzung vorzuleben. Nicht nur Vorbild, sondern auch Kontrolle des Medienverhaltens ihrer Kinder (Computer- und Internetnutzung) ist zur Daueraufgabe geworden, bei deren Wahrnehmung viele Eltern unsicher sind oder sich überfordert fühlen.

Angesichts dieser Entwicklungen wird neben dem Jugendmedienschutz, der Kinder und Jugendliche vor dem Konsum jugendgefährdender Medieninhalte schützen soll, der Medienpädagogik eine wachsende Bedeutung zugemessen. Medienkompetenz ist eine grundlegende Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und für die Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Vermittlung von Medienkompetenz sind deshalb herzustellen.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Eltern, Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit und Schule sind gemeinsam aufgefordert, eine verantwortungsvolle Medienerziehung zu leisten, die Kinder und Jugendliche befähigt, kompetent mit Medien umzugehen. Die Medien sind aufgefordert, sich in geeigneter Weise einzubringen.

- ✍ Eine Service-Hotline zum Thema „Kinder- und Jugendmedienschutz im Internet“ ist einzuführen, um interessierten Eltern und pädagogischen Fachkräften (Lehrkräften, Sozialpädagogen, Erziehern), aber auch jungen Internetnutzern beratend zur Seite zu stehen.

- ✍ Schulen, aber auch Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Jugendarbeit, sind mit der notwendigen EDV-Ausstattung, einschließlich eines Internet-Zugangs, aber auch mit Fernseh- und Videogeräten zu versorgen, weil medienpädagogische Arbeit alle Medienarten in den Blick nehmen muss. Die Qualifikation des pädagogischen Personals mit den neuen Medien ist sicherzustellen.

- ✍ Die Nutzung der Informations-, Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten soll sowohl den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie deren Familien innerhalb und außerhalb von Schule ermöglicht werden.

- ✍ In Kooperation mit Schulen, Hochschulen, Betrieben, Fortbildungseinrichtungen, Bildstellen, Büchereien, Volkshochschulen sowie anderen Zentren ist flächendeckend der gleichberechtigte Zu- und Umgang mit den neuen Medien zu ermöglichen.

- ✍ Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters des Internet setzen wir uns für die Schaffung europa- und weltweiter Mindeststandards zur wirksamen Bekämpfung jugendgefährdender Netzinhalte ein.

4. Bildungschancen schaffen, Zukunft sichern

In unserer Wissensgesellschaft sind Bildung und Wissen, Qualifikation und Kompetenz entscheidend. Bildungschancen sind Zukunftschancen und somit Lebenschancen für die junge Generation. Hierfür haben die verantwortlichen Politiker die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und im Interessen der jungen Generation den Schwerpunkt in der Bildungspolitik zu setzen.

Das Bildungsangebot beginnt bereits im Kindergarten, in dem Betreuung, Bildung und Erziehung gleichgewichtige Aufgaben sind (*siehe dazu „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“*). Die Sicherung von Bildungschancen erfordert eine zeitgemäße Schule: Wir brauchen das klare Bekenntnis zu unverzichtbaren Grundfertigkeiten des

Lernens und zur Erarbeitung eines soliden Wissensfundamentes ebenso wie die Förderung von Kreativität und sozialer Kompetenz.

Auf dieser Grundlage kommt es darauf an, das Lernen zu lernen, seine Urteilsfähigkeit zu entwickeln und – angesichts der Informationsvielfalt – Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden zu können (eine weitere Konkretisierung ergibt sich aus den Bildungspolitischen Leitsätzen).

5. Jugend und Arbeitswelt

Die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die junge Generation ist und bleibt eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Damit allen jungen Menschen Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz eröffnet werden, müssen Wirtschaft, Staat und Arbeitsverwaltung die Schaffung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen als gemeinsame Herausforderung begreifen.

Unabdingbare Voraussetzung ist hierfür eine Wirtschaftspolitik, die wachstumsfördernde Rahmenbedingungen schafft, eine optimale wirtschaftsnahe Infrastruktur entwickelt, eine zukunftsorientierte, zielgerichtete Wirtschaftsförderung betreibt, Impulse für neue Technologien und Unternehmen setzt und ein wirtschaftsfreundliches Klima erzeugt.

Junge Menschen, die den Sprung in die Ausbildungs- und Arbeitswelt aus eigener Kraft nicht

schaffen, sollen mit Unterstützung des Staates geeignete Hilfestellung erhalten.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Wir fordern den Ausbau zukunftsorientierter Projekte der Jugendberufshilfe, vor allem auch der berufsbezogenen Jugendhilfe. Hierbei halten wir es für erforderlich, dass diese Projekte auf die jeweiligen Zielgruppen und gegebenenfalls regional abgestimmt werden und anschließend in ein Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnis einmünden. Weitere berufsbezogene staatliche Hilfeleistungen sind an die konsequente Nutzung dieser Chance gebunden.

- ✍ Um eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erreichen, wollen wir die jungen Menschen zielgenau auf die Einsatzmöglichkeiten am ersten Arbeitsmarkt qualifizieren. Dafür sind Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften in freier Trägerschaft einzurichten und zu fördern – insbesondere auch in enger Zusammenarbeit mit privaten Dienstleistungsunternehmen.

- ✍ Auch die Beratungstätigkeit der Arbeitsämter ist auf dieses Ziel auszurichten.

- ✍ Um den Mut zur Selbständigkeit und die Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, zu fördern, ist der Wunsch von

jungen Menschen, innovative Ideen zu entwickeln und marktfähig gestalten zu können, durch die Zurverfügungstellung eines entsprechenden Startkapitals für junge Existenzgründerinnen und Existenzgründer erforderlich.

- ✍ Wir fordern eine Unterstützung von Ausbildungsverbänden und Ausbildungsnetzwerken sowie eine finanzielle Förderung bei Bereitstellung von Ausbildungsplätzen in mittelständischen Betrieben.

- ✍ Die Mittel zur Ko-Finanzierung von Programmen aus dem Europäischen Sozialfonds müssen durch die jeweiligen Landesregierungen gesichert werden, so dass Maßnahmen der Jugendberufshilfe genauso wie andere landesspezifische Programme fortgeführt werden können.

6. Jugend und demokratische Mitwirkung

Wer eine Kultur der Bürgergesellschaft unter Einbeziehung politischen Engagements will, der muss frühzeitig Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen.

Durch entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten erhält die junge Generation die Möglichkeit, verantwortungsbewusst an Entscheidungen mitzuwirken, von denen sie heute und morgen

betroffen sind. Politische Zusammenhänge und Entscheidungen werden dadurch lebendiger und durchschaubarer, junge Menschen erhalten mehr Handlungsspielraum zur gesellschaftlichen und politischen Mitbestimmung. Dabei soll der Zusammenhang zum aktiven und passiven Wahlrecht auf allen Ebenen gewahrt bleiben.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Die Vielzahl von kommunalen Modellen, die sich in der Praxis entwickelt und bewährt haben, sind zu fördern und weiterzuentwickeln. Dazu gehören parlamentarische Formen wie Kinder- und Jugendparlamente aber auch offene Formen wie Kinder- und Jugendforen.
- ✍ Auch projektorientierte Formen - im ökologisch, ökonomisch und sozialem Bereich - bei denen sich Kinder und Jugendliche ganz konkret mit einem bestimmten Thema, Anliegen oder Planungsvorhaben beschäftigen können, welches Bezug zu ihrer konkreten Lebenswelt hat, werden von uns begrüßt.
- ✍ Notwendig ist dabei, dass die Beteiligung von jungen Menschen für junge Menschen ausgehen sollte.

7. Jugend und ehrenamtliches Engagement

Unsere Gesellschaft lebt von der freiwilligen Mitwirkung und Mitgestaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Sich aus freien Stücken für die Allgemeinheit einzusetzen, ist Ausdruck von Verantwortungsbereitschaft und Solidarität für die Gemeinschaft.

Es muss unsere gesellschaftspolitische Pflichtaufgabe sein, die Bereitschaft des Einzelnen, sich über die eigenen Interessen hinaus auch für andere zu engagieren und dadurch das Gemeinwohl zu fördern, stärker anzuerkennen, zu würdigen und zu unterstützen.

Dies ist gerade in der Jugendarbeit besonders wichtig, da hier durch ehrenamtliches Engagement zentrale Grundlagen für das Miteinander in unserer Gesellschaft schon in frühen Jahren geschaffen oder gefestigt werden können.

Es ist uns daher ein besonderes Anliegen, gerade die junge Generation zu ermuntern, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Ehrenamtliches Arbeiten darf dabei nicht nur durch Dankesworte bei Festreden honoriert werden. Wir müssen eine Anerkennungskultur schaffen, in der bürgerschaftliches Engagement gesellschaftlich gewürdigt und sein Wert geachtet wird.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Wir wollen die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement in der Jugendarbeit verbessern.

- ✍ Die Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Jugendleiter und Jugendleiterinnen sowie die Bildungsarbeit der Jugendverbände muss verstärkt bekannt gemacht und gefördert werden.

- ✍ Die bundesweit anerkannte Jugendleiter/in-Card (Juleica), die eine Reihe von Rechten und Vergünstigungen wie z. B. Fahrpreismäßigungen – z. B. bei der BahnCard kostenlose Nutzung von Jugendherbergen, Jugendbildungseinrichtungen und Zeltplätzen, Vorteile beim Besuch von Kultur- oder Freizeitveranstaltungen, Gebührenfreiheit für das Entleihen von Medien und Geräten bei den Bildstellen usw. vorsieht, muss durch landesrechtliche Regelungen unterstützt werden. Auf kommunaler Ebene sind Vergünstigungen für die Juleica-Inhaber/innen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anzustreben. Gesetzliche Hemmnisse, die eine solche Förderung behindern, müssen umgehend intensiv auf ihre Entbehrlichkeit überprüft werden. Alternativ sind Ausnahmeregelungen zu gestatten.

- ✍ Wir fordern, dass ehrenamtliche Arbeit in Schulzeugnissen dokumentiert wird, wenn dies vom Schüler gewünscht wird.

- ✍ Wir fordern die stärkere Würdigung ehrenamtlichen Engagements bei Bewerbungen,

zumal es in der Regel auch einen „Wertsteigerungsfaktor“ der Arbeitskraft darstellt.

- ✍ Wir fordern eine Berücksichtigung des ehrenamtlichen Engagements bei der Förderungsdauer nach dem BAföG und eine Anrechnung auf die Wartezeit bei der ZVS.
- ✍ Wir fordern die Berücksichtigung von Auslagen, die durch ehrenamtliche Tätigkeit entstehen, auch bei der Einkommensteuer. Bürgerschaftliches Engagement soll nicht bezahlt werden, es darf aber auch nicht zu unverhältnismäßig hohen finanziellen Belastungen führen.
- ✍ Das gesellschaftliche Engagement von Jugendlichen im Rahmen des „Freiwilligen Sozialen Jahres“, des „Freiwilligen Ökologischen Jahres“, des „Europäischen Freiwilligendienstes“, des „Freiwilligen Jahres in der Wirtschaft“ und des „Freiwilligen Kulturellen Jahres“ ist zu unterstützen. Die Angebote sind auszubauen und zu erweitern.
- ✍ Jugendliche, die ehrenamtlich tätig sind, sollten mit ihrem Engagement verstärkt in der Öffentlichkeit vorgestellt werden, da sie wertvolle Beiträge zur Wertevermittlung und Werteorientierung leisten. Solidarität und Mitverantwortung könnten so beispielhaft

dargestellt werden, gute Ansätze können als „best practices“ Schule machen und andere zum Mitmachen oder Nachmachen ermuntern. Hier sind die Medien aufgefordert, ihre gesellschaftliche Mitverantwortung aktiv und konstruktiv wahrnehmen.

- ✍ Wir fordern die kostenlose Bereitstellung von Räumen, in denen Jugendliche ihr Engagement entfalten können. Es darf nicht sein, dass Engagement bereits daran scheitert, dass keine Räume vorhanden sind und vorhandene Räume, z. B. in Schulen, nicht genutzt werden können oder dürfen. Hier ist Umdenken und eine unbürokratische Bereitstellung von staatlicher oder privater Seite notwendig.
- ✍ Unser Bestreben ist es, bei Unternehmen stärker als bisher das Bewusstsein dafür zu stärken, dass engagierte Jugendliche einen Gewinn für das Unternehmen bedeuten (social capital). In ihrem freiwilligen Engagement entwickeln sie Verantwortung, Sozialkompetenz, Teamfähigkeit und Toleranz sowie eine größere Zufriedenheit und ein stärkeres Selbstwertgefühl.
- ✍ Wir wollen Unternehmen ermutigen, Jugendlichen in gemeinnützigen Projekten, die vom Unternehmer unterstützt werden, bewusst einzusetzen.

✍ Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen und Betriebe das Bürgerschaftliche Engagement von Jugendlichen freiwillig fördern, dass sie Jugendprojekte durch Sponsoring, Übernahme von Patenschaften, durch Sach- und Zeitspenden oder durch Vermittlung von Know-How gezielt unterstützen.

8. Jugend in Vereinen und Verbänden

Gerade in der heutigen Zeit wird die Arbeit von Vereinen und Verbänden für die Sozialisation von Jugendlichen immer wichtiger, da die Familie als klassischer Ort der Sozialisation und Wertevermittlung an Bedeutung verloren hat.

Jugendverbände mit ihrem Selbstverständnis, ihrer Werte- und Normenvermittlung und einer starken Selbstorganisation sind Alternativen zu „Konsumangeboten“ oder wertneutralen Angeboten. Jugendverbände wie auch andere Vereine und Verbände leben von ihren Mitgliedern und regen zur Eigeninitiative an.

Jugendverbände sind Interessenvertreter und Anwälte für die Belange von Kindern und Jugendlichen und ermuntern diese, sich selbst in politische und gesellschaftliche Diskussionen im Sinne demokratischer Mitgestaltung einzubringen.

Engagement in Vereinen und Jugendverbänden trägt zur individuellen Sinnstiftung bei, erhöht die

Kreativität und soziale Kompetenz und steigert das Sozialkapital der Gesellschaft. Durch erfolgreiches Engagement wird das Selbstwertgefühl und die Zufriedenheit mit der eigenen Situation gesteigert. Jugendliche, die mit ihrem Leben zufrieden sind, zeichnen sich durch eine deutlich geringere Gewaltbereitschaft aus, als unzufriedene Jugendliche

So vermitteln z. B. die christlichen Jugendgruppen Toleranz und Nächstenliebe, die Vereine und Verbände des Sports sensibilisieren zur Wahrnehmung des eigenen Körpers und dessen Gesundheit und fördern gleichzeitig Teamfähigkeit und Interaktion. Bei der Jugendfeuerwehr oder den Rettungsdiensten erfährt man, wie wichtig der Schutz des menschlichen Lebens ist und dass man sich dafür einsetzen muss. Die Kreativität und die musische Begabung wird in den kulturellen Jugendgruppen und –verbänden gelebt und gefördert.

Neben Elternhaus und Schule werden in Vereinen und Verbänden die Grundsteine für ein tragfähiges Konzept des gesellschaftlichen Miteinanders gelegt und Kindern und Jugendlichen eine wichtige Hilfe auf dem Weg zum Erwachsenwerden an die Hand gegeben.

Vereine und Verbände können mit ihrer Flexibilität und den generations- und

geschlechterübergreifenden Ansätzen als verbindendes Glied in der Gesellschaft agieren und schneller als jegliches staatliches Angebot Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

Eine besondere Rolle spielen Vereine und Verbände auch bei der Integration von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Sprache und unterschiedlicher kultureller Prägung. Durch Erkennen von Gemeinsamkeiten wird Nähe geschaffen, Misstrauen abgebaut und Vertrauen gebildet.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Umfassende Förderung und Anerkennung der Tätigkeit von Jugendverbänden, Vereinen und Jugendinitiativen.

- ✍ Rücknahme der Neuregelung der 630-Mark-Jobs, da sie bei den Vereinen und Verbänden zu einem erheblichen bürokratischen Verwaltungsmehraufwand und zu finanziellen Einbußen führen.

- ✍ Änderung des Personenbeförderungsgesetzes bezüglich der Regelungen für gemeinnützige Vereine (zwangsweise Etablierung als Unternehmer).

- ✍ Verstärkter Mitteleinsatz für die Sanierung und Rekonstruktion von Sportanlagen, besonders

notwendig ist ein Sonderprogramm für den kommunalen Sportstättenbau und den noch immer bestehenden Nachholbedarf in den neuen Ländern (Goldener Plan-Ost).

- ✍ Wir fordern eine umgehende Erweiterung und Verbesserung der Stiftungsmöglichkeiten auch für Inhaber großer Vermögen. Wir brauchen eine Kultur des Stiftens und des Sponsorings. Hierbei müssen die geeigneten Rahmenbedingungen sowohl für Geld- als auch für Sach- und Zeitspenden geschaffen werden.

- ✍ Wir setzen uns für eine verbesserte Vernetzung von Vereinen/Verbänden, offene Jugendarbeit und Unternehmen ein. Durch Übernahme von Patenschaften, Vermittlung von Know-How und gezielte Unterstützung bestimmter Projekte können Unternehmen ihre staatsbürgerliche Verantwortung wahrnehmen, die Kompetenz ihrer Mitarbeiter steigern und gleichzeitig zu einer Förderung des Engagements von Jugendlichen auf breiter Ebene beitragen.

9. Angebote der Jugendhilfe

Jugendhilfe soll jungen Menschen in ihrer Entwicklung unterstützen und schützen, ihnen Perspektiven aufzeigen und ihre Selbständigkeit stärken. Neben individuellen Hilfeangeboten, die sich an junge Menschen und deren Familien in

Problemlagen wenden, nehmen Förderangebote, die sich an alle jungen Menschen und deren Familien richten, einen breiten Raum ein. Unter den Förderangeboten für junge Menschen sind besonders die allgemein zugänglichen Einrichtungen der Jugendarbeit und der Kindertagesbetreuung hervorzuheben. Offene Angebote der Jugendhilfe erreichen durch ihren niederschweligen Zugang und teils informellen Charakter viele junge Menschen. Letztendlich entscheidet jedoch die Qualität des jeweiligen Angebots darüber, inwieweit es gelingt, die Zielgruppe „von der Straße zu holen“ und an sich zu binden. Dies gilt in besonderem Maße für Einrichtungen der Jugendarbeit.

Die Qualität des offenen Angebots kann insbesondere dadurch verbessert werden, dass Jugendverbände und Vereine sich auch im Rahmen von Jugendfreizeitstätten engagieren; denn offene Jugendeinrichtungen können für die Jugendlichen oftmals den Einstieg in die Vereins- und Verbandsarbeit bedeuten. Deshalb ist eine Verknüpfung und Vernetzung der Einrichtungen anzustreben, um der zunehmenden Bindungslosigkeit der Jugendlichen wirksam zu begegnen.

Daneben erreichen Projekte der zuführenden Jugendsozialarbeit oder temporär vorgehaltenen Maßnahmen andere Zielgruppen von Jugendlichen. Abzulehnen ist die Inbesitznahme von offenen

Räumlichkeiten durch bestimmte Cliques oder extrem ideologisierte Gruppen. Insbesondere bei der akzeptierenden Jugendarbeit darf es nicht zur Solidarisierung mit extremen Jugendlichen kommen. Erziehungsziele dürfen durch Betreuer und Sozialarbeit nicht aufgegeben werden. Die Betreuer müssen in der Sozialarbeit die gesellschaftlichen und demokratischen Erziehungsziele vermitteln.

Neben der offenen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und der Kindertagesbetreuung nimmt die Einzelfallhilfe für Kinder und Jugendliche einen breiten fachlichen und finanziellen Raum in der Jugendhilfe ein, der durch einen Rechtsanspruch manifestiert wird. Diese Einzelfallhilfen, insbesondere die Hilfen zur Erziehung, verstehen sich heute nicht mehr als Maßnahmen, die in die Familienerziehung eingreifen, sondern als Maßnahmen, die hilfebedürftige Familien bei der Erziehung ihrer Kinder für einen gewissen Zeitraum unterstützen und begleiten mit dem Ziel, die Erziehungskraft der Eltern wieder zu stärken (Hilfe zur Selbsthilfe).

Bei allem Vorrang des Erziehungsrechts der Eltern ist das Wohl des Kindes nicht aus dem Auge zu verlieren. Eine deutliche Intervention in sich abzeichnenden schwierigen und nicht einschätzbaren Krisensituationen muss Vorrang vor einem unentschlossenen und zu zögerlichen Handeln der zuständigen Fachverwaltung haben.

Wie auch im Bereich der Jugendarbeit gilt bei der Erziehungshilfe das Subsidiaritätsprinzip und der Vorrang freier Träger. Mit der rechtlichen Neuordnung der Kostenregelung bei Diensten der erzieherischen Hilfen soll neben dem hohen Qualitätsanspruch der Finanzrahmen neu geordnet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Die Arbeit der Träger der freien Jugendhilfe in Kirchen, Vereinen und Verbänden muss besser und konsequenter gefördert werden, als Partner gleichberechtigt neben die öffentliche Jugendhilfe treten und miteinander vernetzt werden.

- ✍ Die Zusammenarbeit von Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe ist auf allen Ebenen, insbesondere bei Betreuungs- und Freizeitangeboten, zu verbessern und zu vernetzen. Kindergärten und Grundschulen müssen ihr Bildungsangebot und ihre Erziehungsarbeit vor Ort besser aufeinander abstimmen.

Jugendhilfe hat eine besondere Verpflichtung gegenüber den jungen Menschen, die durch persönliche, soziale oder berufliche Schwierigkeiten belastet sind und deshalb zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung und ihrer beruflichen und ihrer sozialen Integration besondere Hilfe bedürfen. Benachteiligte und gefährdete Jugendliche dürfen

nicht ins persönliche und politische Abseits gestellt werden, da dieses ihre Gewaltbereitschaft fördert und sie in die Arme der Extremisten treibt. Statt die Betroffenen auszugrenzen ist es notwendig, die bewährten Einrichtungen der Jugendsozialarbeit – speziell in sozialen Brennpunkten - weiter zu fördern.

- ✍ Die strukturellen Benachteiligungen junger Mädchen und Frauen müssen durch gezielte Förderprojekte abgebaut werden. Auch hierbei gilt für uns der Grundsatz, durch unterstützende und aktivierende Maßnahmen die Selbstverantwortung der jungen Menschen zu stärken.
- ✍ Im Rahmen eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes zur Demokratiestärkung und der Extremismusbekämpfung ist eine Ausweitung und Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern durch gezielte Familienbildung notwendig.
- ✍ Wir fordern einen weiteren Ausbau des Fachinstruments „Hilfeplan“, bei den Einzelfallhilfen für Kinder und Jugendliche durch eine weitere Vernetzung der Hilfeangebote mit niederschweligen Zugangsvoraussetzungen und sofortigen Hilfemöglichkeiten gewährleistet sind.
- ✍ Die Hilfsangebote - ob ambulant oder stationär - sind so ortsnah wie möglich anzubieten. Eine

Fachbereiche übergreifende Zusammenarbeit ist noch mehr zu präferieren.

- ✍ Bei der Finanzierung von Angeboten der erzieherischen Hilfen, die zu großen Teilen notwendig werden, weil im familialen Umfeld entsprechende Defizite vorhanden sind, sollen die Erziehungspflichtigen entsprechend beteiligt werden. Im übrigen ist konsequent darauf hinzuweisen, dass Eltern dort umfassend zur Verantwortung gezogen werden, wo sie ihre Aufsichtspflicht nachhaltig vernachlässigt haben.

10. Integration von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunftssprache.

Der Anteil junger Menschen in Deutschland, die einen ausländischen Pass besitzen oder deren Muttersprache nicht deutsch ist, hat sich kontinuierlich erhöht.

Nur eine geringe Anzahl von ihnen erlernt im Elternhaus die deutsche Sprache. Dies betrifft sowohl Kinder und Jugendliche, deren Eltern aus anderen Staaten nach Deutschland gekommen sind, als auch junge deutschstämmige Aussiedler. Nur wenige erwägen eine Rückkehr in die Heimatländer ihrer Eltern. Mehrheitlich sehen sie ihre Zukunft in unserer Gesellschaft. Bei der dafür notwendigen Integration erweisen sich die mangelnden

Kenntnisse der deutsche Sprache als das größte Hemmnis.

Der Integrationsprozess verläuft in Deutschland noch sehr problembehaftet. Es bedarf größter Anstrengungen, um daraus resultierende Negativauswirkungen für unsere Gesellschaft zu vermeiden. Defizite lassen sich nicht leugnen: Sprachprobleme erschweren die Auflösung von Spannungen, denen Kinder und Jugendliche bei ihrer Orientierung und der Entwicklung von Perspektiven, im Problemfeld zwischen Anpassung an den hier geltenden Lebensstil und den Forderungen der Herkunftsländer ausgesetzt sind. Häufig kumulieren geringe Deutschkenntnisse, mangelnde Schulbildung, traditionsgebundene Wertorientierung und Rollenprägung und münden in eine Beschränkung der Sozialkontakte auf die jeweilige eigene Volksgruppe.

Ein erheblicher Teil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache besucht keine Kindertageseinrichtung. Hier sind erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um den Eltern dieser Kinder zu verdeutlichen, welche Vorteile sich durch den Besuch einer Kindertagesstätte für die Integration ihrer Kinder in die deutsche Gesellschaft ergeben.

Die steigende Zahl junger Ausländer und auch Aussiedler ohne Schulabschluss, ist nicht zuletzt auf mangelnde gesellschaftliche Integration aufgrund von Sprachproblemen zurückzuführen. Fehlende Schriftkompetenz der deutschen Sprache ist ein

wesentliches Problem bei berufsbezogenem Unterricht und kaufmännischer Ausbildung. Der Rückzug ausländischer Mitbürger und ihrer Familien in bestimmte Wohnviertel fördert ihre Abkapselung und mindert den Integrationswillen sowie die Bereitschaft, entsprechende Angebote anzunehmen.

Viele angeführte Aspekte gelten sinngemäß auch für den Bereich der jungen deutschstämmigen Aussiedler mit deutschem Pass.

Die Entscheidung, nach Deutschland zu ziehen, fiel oft gegen den Willen der jungen Menschen, die Teile der Familie, ihre Freunde, die vertraute Umgebung und auch die Schule aufgeben mussten. Häufig tendieren ihre deutschen Sprachkenntnisse gegen Null.

Besonders für pubertierende Jugendliche kann ein Kultursprung ein großes Problem bedeuten. Ihre Orientierungs- und die nicht nur subjektiv gesehene Chancenlosigkeit mündet oft in aggressives oder sogar kriminelles Verhalten.

Täter und Opfer bleiben dabei häufig unter sich, da das Verhältnis zur Polizei und anderen staatlichen Organen, aufgrund der Erfahrungen im Herkunftsland, durch eine Mischung aus Angst, Misstrauen und Abneigung geprägt ist.

Deutschland wird aber auch in Zukunft auf die Zuwanderung von Menschen angewiesen sein, deren fachliche Fähigkeiten bei uns dringend benötigt werden. Darüber hinaus eröffnet sich für

unsere Gesellschaft die Chance, Kompetenz im Umgang mit anderen Kulturen zu gewinnen. Für die Integration der insbesondere aus nichtchristlichen Kulturen stammenden Einwanderer gilt darüber hinaus, dass es nicht nur einseitige staatliche Angebote unsererseits geben darf. Vielmehr muss durch die verpflichtende Teilnahme an kulturellen Einführungskursen in den Kommunen beim Zuwanderer Verständnis für die westeuropäischen Lebensgewohnheiten geweckt werden. Er sollte eine Bereitschaft zur Integration entwickeln. Bei jedem Einwanderer sollte im übrigen zu seinem Schutz das Interesse geweckt werden, sich medizinisch untersuchen zu lassen.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Bei ausländischen Kindern und Jugendlichen ist der für eine angemessene Förderung relevante Aufenthaltsstatus bei Unklarheit durch beschleunigte Verfahren innerhalb eines Monats zu klären.

- ✍ Wir wollen junge Aussiedler und Ausländer in unsere Gesellschaft integrieren, um ihnen optimale Lebensperspektiven zu sichern. Dazu müssen niedrighschwellige Konzepte erarbeitet werden, insbesondere für
 - a) den Erwerb der deutschen Sprache,
 - b) einen leichteren Zugang zu Bildung, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt sowie

c) die Einbindung in den demokratischen Rechtsstaat.

Jugendverbände und Vereine, die sich bei der Integration von ausländischen Jugendlichen engagieren, wollen wir besonders fördern.

11. Jugendgewalt und Jugendkriminalität

Jugendgewalt und Jugendkriminalität sind besorgniserregend gestiegen: Sachbeschädigung (Farb-Sprayer), Mobbing, Erpressung, Gewalt an Schulen bis hin zu Tötungsdelikten.

Bei der Bekämpfung von Jugendgewalt und Jugendkriminalität steht für uns nicht die Bestrafung von Kindern und Jugendlichen an erster Stelle, sondern die Verhinderung der Ersttat und von Folgetaten. Prävention hat deshalb Vorrang vor Sanktion.

Dafür setzen wir uns ein:

✍ Vor Ort sind Präventionskonzepte zu entwickeln, Modellprojekten zu initiieren, zu fördern zu koordinieren und zu vernetzen (z.B. im Rahmen von Kommunalpräventiven Räten).

✍ Bewährte Projekte wie z. B. der „Konfliktlotse“, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule bei Schulschwänzern und der Täter-Opfer-Ausgleich, sind in den entsprechenden Brennpunkten umzusetzen.

- ✍ Für pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Schulen sind Handreichungen und Weiterbildungsmodule zu entwickeln, die in den genannten Problemfällen geeignete Reaktions- und Interventionsweisen aufzeigen.

- ✍ Bei rechtswidrigem Verhalten hat möglichst frühzeitig eine Reaktion der zuständigen Behörden zu erfolgen.

- ✍ Für den kleinen Kreis nicht einsichtsfähiger gewalttätiger und krimineller Problemfälle muss die gesicherte, verbindliche Unterbringung bundesweit eingeführt werden, wobei dieses im Rahmen wirkungsvoller therapeutischer Konzepte umzusetzen ist.
Für uns stellt die gesicherte, verbindliche Unterbringung kein Instrument des Strafrechtes dar, sondern ein pädagogisches Angebot der Jugendhilfe für Jugendliche in extremen Problemlagen, die für einen begrenzten Zeitraum aus ihren bisherigen negativen sozialen Kontakten herausgelöst werden müssen, um ihr eigenes Fehlverhalten kritisch reflektieren und wieder fit für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft werden zu können.

- ✍ Im übrigen sind in geeigneten Fällen gezielt Auflagen zur Schadensbeseitigung gegen

uneinsichtige Kinder und Jugendliche zu verhängen.

12. Leben ohne Sucht

Ziel jeglicher Drogenpolitik muss sein, Kinder und Jugendliche für ein Leben ohne Drogen und Suchtmittel stark zu machen. Deshalb hat die Prävention für uns grundlegende Bedeutung. Sie muss vom ganzheitlichen und ursachenorientierten Ansatz her gestaltet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Wir fordern differenzierte Konzepte, die einerseits auf die stoffgebundenen (Alkohol, illegale Drogen) und andererseits auf die nichtstoffgebunden (Esssucht, Spielsucht) Süchte ausgerichtet sind. Die Aktionen und Maßnahmen müssen zielgruppenorientiert und – spezifisch angelegt sein, um Kinder und Jugendliche für die negativen Folgen des Konsums, des Missbrauchs und der Abhängigkeit von Suchtmitteln zu sensibilisieren und zu Diskussionen unter den Kindern und Jugendlichen anzuregen. Aufklärung und Prävention beginnt im Elternhaus und Kindergarten.

- ✍ Wir wollen abgestufte Hilfsangebote für suchtgefährdete und suchtkranke Kinder und Jugendliche, die bedarfsorientiert organisiert und bedarfsgerecht angeboten werden. Hier treffen

die durch das Grundgesetz garantierte Freiheit und freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Verantwortung der Gesellschaft für den Einzelnen aufeinander. Daher sind diese Angebote so zu gestalten, dass die Jugendlichen für sich ein suchtmittelfreies Leben als die bessere Alternative zum Suchtmittelkonsum akzeptieren und eine Begleitung auf dem Weg aus der Abhängigkeit vorgesehen ist. Dafür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen sowie den dort für den Suchtbereich zuständigen Stellen und Einrichtungen erforderlich.

- ✍ Wir lehnen jede Legalisierung oder Abgabe illegaler Drogen ab. Auch die Einrichtung von Fixerstuben oder sogenannten Druckräumen halten wir für keine geeigneten Maßnahmen, um abhängigen Jugendlichen zu helfen.

- ✍ Die konsequente Strafverfolgung bei Rauschgiftdelikten und die Höhe des Strafmaßes für die Herstellung, den Konsum, Besitz und Verkauf von illegalen Drogen halten wir für wirksame Mittel zur Reduzierung der Nachfrage bei gleichzeitiger Einschränkung des Angebotes. Dabei ist – unter Berücksichtigung der Schwere der Straftat – das Prinzip „Therapie vor Strafe“, besonders bei straffälligen Jugendlichen, Grundlage des Handelns. Die sofortige Unterbringung in einer Therapie muss

gewährleistet werden. Bei Rückfällen müssen auch restriktivere Maßnahmen möglich sein. Die Entziehungskuren müssen zugunsten der Süchtigen zeitlich bedarfsgerecht ausgedehnt werden. Eine Nachbehandlung sollte die Möglichkeit zu einer schulischen oder beruflichen Ausbildung wie auch Reintegrationshilfen zur Eingliederung in die Gesellschaft mit umfassen.

13. Sekten und Psychokulte

Jugendsekten und Psychokulte haben weiterhin Zulauf. Sie sind Folge und Ausdruck mangelnder Anerkennung, Orientierungslosigkeit, Werteverlust sowie fehlender Identifikationsmöglichkeiten.

Dafür setzen wir uns ein:

- ✍ Wir fordern eine umfassende Aufklärungsarbeit.

- ✍ Wie bei der Drogenbekämpfung muss auch hier ein Informations- und Präventionsnetzwerk entstehen, welches jugendgerecht auf die Gefahren der Seele nfänger hinweist.

- ✍ Elterninitiativen und Selbsthilfegruppen sind zu unterstützen.

- ✍ Genauso ist eine Verstärkung des Informationsaustausches und eine Verknüpfung von Erkenntnissen dieser Psychogruppen

zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder erforderlich.

- ✍ Für Dienstleistungen gewerblicher Lebensbewältigungshilfen des so genannten „gewerblichen Psychomarktes“ sind gesetzliche Regelungen zu schaffen, insbesondere durch kontrollierbare Mindeststandards, Genehmigungsvorbehalt und Zuordnung zur Heilkunde.